

Adliswil, 16.06.2026

Dringliche Motion von Gabriel Mäder (GLP), Harry Baldegger (FW), Wolfgang Liedtke (SP), Angela Broggini (Grüne), Martial Jacoma (Die Mitte), Nataša Weber (EVP)

betreffend Zwischenfinanzierung des Familienzentrums Adliswil

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage zu unterbreiten, welche den befristeten Weiterbetrieb des Familienzentrums Adliswil ab dem 1. Januar 2027 für die Dauer von zwei Jahren sicherstellt.

Kommt während dieser Übergangsfrist eine Volksinitiative zur Erhaltung des Familienzentrums zustande, ist dem Grossen Gemeinderat rechtzeitig eine Anschlussvorlage zu unterbreiten, welche den Weiterbetrieb bis zum rechtskräftigen Entscheid über die Volksinitiative und im Falle ihrer Annahme bis zur Umsetzung einer dauerhaften Anschlusslösung sicherstellt.

Die Vorlage soll insbesondere:

1. die Finanzierung des bisherigen Pilotbetriebs für die Übergangszeit sicherstellen;
2. sich am bisherigen, schlank kalkulierten Betriebskonzept und an den im Geschäft SRB 2026-81 ausgewiesenen jährlichen Kosten orientieren;
3. kantonale Beiträge, Vermietungserträge und weitere mögliche Drittmittel konsequent berücksichtigen;
4. die während des Pilotprojekts begonnenen Erhebungen und Evaluationen fortführen, damit die Entscheidungsgrundlage zur langfristigen Zukunft des Familienzentrums weiter verbessert und vervollständigt wird.

Begründung

Mit SRB 2026-81 beantragte der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat die Verstetigung des Familienzentrums Adliswil. In der inhaltlichen Abstimmung fand das Geschäft mit 17 zu 15 Stimmen eine politische Mehrheit. Für die Finanzierung war jedoch zusätzlich die Aufhebung der Ausgabenbremse erforderlich, wofür 19 Stimmen notwendig gewesen wären. Diese qualifizierte Mehrheit kam aufgrund gut begründeter Abwesenheiten nicht zustande, obwohl die unterstützenden Fraktionen zusammen über mehr als 21 Stimmen verfügen würden.

Aufgrund dieses Abstimmungsausgangs muss das Familienzentrum seinen Betrieb nach heutigem Stand gegen Ende 2026 einstellen, obwohl eine Mehrheit des Rates die Weiterführung unterstützt hat. Als Reaktion darauf wurde eine Petition zur Erhaltung des Familienzentrums lanciert, die innerhalb einer Woche über 1'000 Unterschriften sammeln konnte. Zudem hat sich ein Komitee formiert, das eine Volksinitiative lanciert, damit die Stimmbevölkerung über die langfristige Zukunft des Angebots entscheiden kann.

Das ordentliche Verfahren einer Volksinitiative benötigt jedoch Zeit. Bis zur Prüfung, Behandlung, Ausarbeitung einer Umsetzungsvorlage und allfälligen Volksabstimmung können bis zu zwei Jahre vergehen. Ohne Zwischenfinanzierung würde das bestehende Angebot in dieser Zeit abgebrochen. Ein solcher Unterbruch wäre nicht sinnvoll, aufgebaute Strukturen gingen verloren, Fachpersonal und Know-how könnten nicht gehalten werden und ein späterer Wiederaufbau wäre voraussichtlich aufwendiger als eine befristete Weiterführung.

Die vorliegende Motion verlangt keine definitive Verstetigung des Familienzentrums. Diese Frage soll im Rahmen der Volksinitiative beziehungsweise des entsprechenden demokratischen Verfahrens entschieden werden. Die Motion stellt lediglich sicher, dass bis zu diesem Entscheid keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Die Bevölkerung soll über die langfristige Zukunft des Familienzentrums entscheiden können, ohne dass das Angebot vorher faktisch bereits eingestellt und abgebaut wurde.

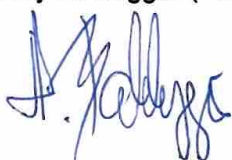
Begründung der Dringlichkeit

Die Dringlichkeit ergibt sich daraus, dass der Pilotbetrieb Ende 2026 ausläuft. Für den Weiterbetrieb müssen rechtzeitig finanzielle, personelle, organisatorische und vertragliche Grundlagen geschaffen werden. Erfolgt dies nicht innert nützlicher Frist, ist eine geordnete Weiterführung ab dem 1. Januar 2027 nicht mehr möglich. Das ordentliche Verfahren der Volksinitiative kann diese zeitliche Lücke nicht rechtzeitig schliessen. Eine dringliche Behandlung ist daher notwendig, um einen Betriebsunterbruch zu verhindern und den demokratischen Entscheid der Bevölkerung über die langfristige Zukunft des Familienzentrums überhaupt sinnvoll zu ermöglichen.

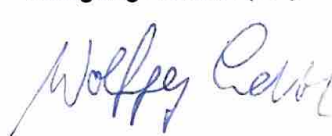
Gabriel Mäder (GLP)



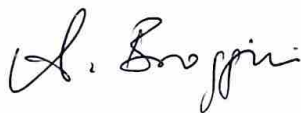
Harry Baldegger (FW)



Wolfgang Liedtke (SP)



Angela Broggini (Grüne)



Martial Jacoma (Die Mitte)



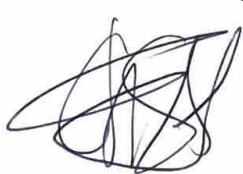
Nataša Weber (EVP)



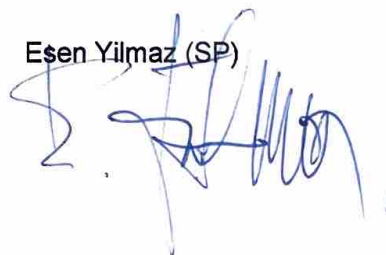
Dominic Muri (GLP)



Chris Sütterlin (GLP)



Esen Yilmaz (SP)



Hanna Rasche (SP)



Pascal Welte (Grüne)



Sait Acar (SP)



Daniel Schneider (Grüne)



Jacqueline Schoch



Heinz Melliger



Katja Lemmemann